



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

P/XII/152 - 8. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum Ende der Legislaturperiode	S. 1
Zypernfrage beherrscht griechische Politik	S. 3
Um den Bau der Pipeline Wilhelmshaven-Rhein	S. 5
Als Bundeskanzler untragbar	S. 7
Strauss in Nürnberg	S. 8

Eine bedauerliche Bilanz

Von H.G. Ritzel, MdB

Herzsärmelig, wie gegen das Ende dieser Bundestagsperiode die Abgeordneten in erstickend heißen Plenarsaal sassen, so herzsärmelig war die Politik der CDU, die zu einer Entwicklung der parlamentarischen Arbeiten geführt hat, wie sie bisher im Deutschen Bundestag nicht bekannt war. Wenn man am Ende der Tätigkeit dieses Bundestages, der noch einmal Ende August zusammentreten wird, Bilanz zieht, dann kommt man objektiverweise wohl zu dem Ergebnis, dass der zweite Deutsche Bundestag sehr viel, ja zuviel gearbeitet hat. Manches Arbeitsergebnis ist auch gut, manches sogar sehr gut, aber die Arbeitsmethoden, die Arbeitstechnik und die Art, wie die Geschäftsführung praktiziert wurde, sind in vielen Fällen alles andere als gut. Sie sind zum Teil sogar beschämend.

Wenn die Dinge sich im dritten Deutschen Bundestag bessern sollen, muss man den Mut haben, das Ergebnis des zweiten Deutschen Bundestages bei Licht zu betrachten, um die Verantwortlichkeiten festzustellen. Das Hetztempo der eben vergangenen Tage, die Entscheidung ohne zureichende Kenntnis der zur Entscheidung stehenden Vorlagen sind das Produkt zweier Tatsachen: Einmal des von dem CDU-Abgeordneten Scharnberg dem Parlament durch die Macht der CDU im Parlament aufgezwungenen, unzureichenden und völlig verfehlten Arbeitsplans, der von der theoretischen Behauptung ausging, dass der Bundestag an zwei aufeinanderfolgenden Wochen, auch an dem mittleren Samstag und am 2. Montag mindestens in Ausschüssen

arbeiten würde und dass dann die 3. Woche sitzungsfrei sei, zum andern an der von dem Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, zu verantwortenden Praxis der Handhabung des Machtwillens der CDU mit den Mitteln der Abstimmung und den Taktiken und Praktiken der Geschäftsordnung.

Alle Warnungen in den Wind geschlagen

Alle Mahnungen und Warnungen gegenüber dem Scharnberg-Plan blieben seinerzeit erfolglos. Stur und ohne Berücksichtigung entgegengesetzter Erfahrungen setzte die CDU ihren Willen durch. Das Ergebnis war auf der einen Seite der weitreichende Wegfall der geplanten sitzungsfreien Woche für viele Mitglieder von Ausschüssen, die mit ihren Aufgaben einfach anders nicht zu Rande kommen konnten, zum andern der völlige Fehlschlag der Meinung, dass die Abgeordneten am Ende der ersten Sitzungswoche in Bonn bleiben und nicht in ihre Wahlkreise und zu ihren anderen Aufgaben eilen würden. Aus erhofften zwölf vollen Arbeitstagen wurden, von den oben erwähnten Ausschüssen abgesehen, in der Praxis während der beiden Arbeitswochen vor der vielfach theoretisch sitzungsfreien Woche im besten Falle acht Arbeitstage. Das Ergebnis dieses Zeitablaufs waren rückständige Gesetzesentwürfe, rückständige Plenarsitzungen und zum Schluss eine Hetzjagd ohne Beispiel. Hinzu kam die Wirkung der Methode, mit der der noch parlamentarisch sehr unerfahrene junge Geschäftsführer der CDU/CSU, Will Rasner, die Mehrheitsmacht seiner Fraktion immer wieder einsetzte, um Tagesordnungen und Entscheidungen durchzusetzen, die vielfach weder der sachlichen Notwendigkeit Rechnung trugen noch eine reife Behandlung der zur Debatte und Abstimmungen stehenden Vorlagen ermöglichten.

Unverantwortliches Mammutprogramm

So kam es zum Schluss der Sitzungsperiode des zweiten Deutschen Bundestages zu einem Mammutprogramm, das zwar Ausdruck des zügellosen Machtwillens der CDU/CSU, zugleich aber auch ein Beweis für den Mangel an Voraussicht, an ausgleichender Regelung der gestellten Aufgaben und, was das Schlimmste ist, vielfach an gutem Willen war. Die Entscheidungsfreiheit des Plenums wurde durch eine Politik ein-

geengt, die vielfach fast aufgehoben und praktisch der Diktatur einer Fraktion, die augenblicklich noch die Mehrheit im Parlament besitzt, glich. Gesetzesvorlagen, die in einem halben oder ganzen Jahr noch genauso gut oder genauso schlecht hätten erledigt werden können, wurden der Tagesordnung aufgezwungen und lebenswichtige Probleme zurückgestellt. Interfraktionelle Vereinbarungen wurden rücksichtslos gebrochen und schliesslich trat zu allem noch die Abwicklung von Tagesordnungspunkten im Plenum des Bundestages hinzu, deren Aufruf in einem solchen Tempo vor sich ging, dass den Abgeordneten nicht einmal die zeitliche Möglichkeit blieb, in der gedruckt vorliegenden Tagesordnung nachzulesen, um was es sich eigentlich handelte, zu welcher Abstimmung hier aufgerufen wurde.

Wirkungslose Proteste

Alle Proteste blieben wirkungslos. Der Aufschrei, der aus dem gequälten Herzen des Vizepräsidenten Dr. Becker von der FDP kam, verhallte ebenso ungehört in den Ohren der Regierungsmehrheit, wie die Proteste des sozialdemokratischen Geschäftsführers Dr. Walter Menzel, und anderer Mitglieder des Bundestages. Zu allem trat erschreckend die Tatsache hinzu, dass an manchen Tagen während der Plenarsitzungen etwa bis zu 10 Ausschüsse gleichzeitig tagten und in einem Hetztempo ohnegleichen versuchten, die ihnen überwiesenen Vorlagen noch zur Verabschiedung durch das Plenum reif zu machen. Das Ergebnis war, dass die in den Ausschüssen arbeitenden Abgeordneten nicht wussten, was im Plenum vorging und dass die wenigen im Plenum verbliebenen Abgeordneten bei verschiedenen Abstimmungen keine Mehrheit bilden konnten.

Zu Auszählungen und namentlichen Abstimmungen wurden die in den Ausschüssen wirkenden Parlamentarier immer wieder von ihrer Arbeit aufgeschreckt, rannten in das Plenum und stimmten für oder wider eine Vorlage, von der sie kaum wussten, was sie betraf, indem sie sich bei dem erst erreichbaren Fraktionskollegen orientierten, wie die Fraktion zu dem zur Entscheidung stehenden Punkt stehe und zu stimmen beschlossen hatte.

Das Wesen des Parlaments, die Kenntnis der Aussprache, die Würdigung ihres Wertes, die Erkenntnis des Gewichts der Argumente gingen auf diese Weise völlig verloren und übrig blieb eine Abstimmungsmaschine und gehetzte, in ihrem Wert und Rang zu Abstimmungsaktoren degradierte Abgeordnete.

Ansehen des Parlaments gefährdet

So gefährdet oder vernichtet man das Ansehen eines Parlaments. So trägt man bei zur Gefährdung der parlamentarischen Demokratie. Es gab eine Zeit, in der der heutige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Krone, der parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion war. In dieser Zeit ereigneten sich solche Dinge nicht. Anders jetzt: während überflüssige oder zeitlich nicht drängende Gesetze durchgepeitscht wurden oder stundenlange Aussprachen auslösten, ging das Parlament über andere, sehr wichtige Fragen mit der Geschwindigkeit eines Expresszuges hinweg.

Als schlimmstes Beispiel sei hier die Verabschiedung des Noten-

bankgesetzes in kaum drei Minuten genannt. Gewiss war das Gesetz in den Fraktionen besprochen und im Ausschuss gründlich erörtert worden, aber seine Verabschiedung durch ein unterbesetztes Parlament und die Stimmabgabe durch die über den Gang der Plenardebatte nicht unterrichteten, aus den Ausschüssen herbeieilenden Abgeordneten war parlamentarisch unverantwortlich. Die Abgeordneten verloren durch ihre Zersplitterung zwischen Ausschuss- und Plenararbeit die Übersicht, sie wurden das Opfer einer zum Teil unfähigen, zum Teil rücksichtslosen, ja böswilligen Regie. Der Präsident und die Vizepräsidenten des Bundestages konnten mit dem Mittel der Geschäftsordnung kaum für Abhilfe sorgen. Der Ältestenrat, der sich jeweils über die Tagesordnung verständigen soll, die dann dem Beschluss des Plenums unterstellt wird, war durchaus nicht immer in der Lage, eine Vorarbeit zu leisten, die der Meisterung der gestellten Aufgabe gerecht wurde.

Unerträgliche Situationen

Die Fraktion der CDU/CSU liess es auf die Entscheidung im Plenum des Bundestages ankommen, wo sie ihre Macht rücksichtslos übte. Zu allem trat noch die unglückliche Situation der Hitzetage. Von 60 Klimastationen liegen Berichte darüber vor, welche Städte Deutschlands schwüle Tage zu verzeichnen hatten. Die vorläufige Bundeshauptstadt Bonn steht mit der Zahl der schwülen Tage weitaus an der Spitze. Bonn glich in diesen Tagen einem Treibhaus. Selbst das Bespritzen des Daches des Plenarsaales mit Rheinwasser konnte keine nennenswerte Abhilfe bringen. Die Angestellten und Beamten des Bundestages litten noch mehr als die Abgeordneten, die in dem von einer Klimaanlage bedienten Plenarsaal wirkten, in unvorstellbarem Masse, ebenso die Angestellten der Fraktionen und die Sekretäre und Sekretärinnen der Abgeordneten. Als dann aber gar noch die Klimaanlage im Plenarsaal ausfiel, als mehrfach die Lautsprecheranlage im Plenum aussetzte, da war die Situation bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Jeder Arzt sagt, dass die Lebensweise der gestiegenen Temperatur zur Vermeidung von Hitzschlägen und Herzanfällen angepasst werden muss. Der Deutsche Bundestag nahm von dieser selbstverständlichen ärztlichen Erkenntnis nicht nur keine Notiz, sondern er übersteigerte noch die ohnehin schwierige und nicht mehr zu meisternde Situation. Die Zahl der den im Bundestag stationierten Arzt aufsuchenden Abgeordneten, die zumeist wegen Herzbeschwerden vorsprachen, mehrte sich von Tag zu Tag und es war verständlich, dass viele Abgeordnete nicht mehr bis zum Schluss aushielten, so dass schliesslich am Nachmittag des 6. Juli der Deutsche Bundestag endgültig beschlussunfähig war.

Die Demokratie hat eine Schlacht verloren

Dass sich nebenbei noch andere peinliche und vermeidbare Dinge ereigneten, wie die dirigierte Sabotage der Verfassungsänderung, die eine Verwendung der Kernspaltung nur zu friedlichen Zwecken sicherstellen sollte, verschlimmerte noch das Bild. So ist trotz unermüdlicher, hingebungsvoller und fleissiger Arbeit die vorläufige Bilanz des Zweiten Deutschen Bundestages tief bedauerlich. Die Nutzenanwendung aus dieser Erkenntnis sollte allen Beteiligten jenseits aller Parteipolitik zu denken geben. Die Demokratie hat in diesem Bundestag eine Schlacht verloren.

Griechenland vor einer politischen Wandlung?

Von unseren Balkankorrespondenten

Für diejenigen, die aus der Vergangenheit wissen, wie labil das politische Leben in Griechenland ist, ist es überraschend, wie lange sich die Regierung Karamanlis trotz aller innenpolitischer Krisen wegen der Zypernfrage im Sattel gehalten hat. Seit 22 Monaten, seitdem im September 1955 in London eine Zypernkonferenz zwischen England, Griechenland und der Türkei stattfand, die bewiesen hat, dass es keine friedliche Regelung dieses Problems gibt, beherrscht die Zypernfrage vollkommen das politische Leben Griechenlands.

Sogar die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die in einem so armen und wenig entwickelten Land wie Griechenland immer eine wesentliche Rolle spielen, treten hinter Zypern zurück. Die grossen Gegensätze, die sich in und ausserhalb des Parlamentes überall zeigen, treten besonders bei der Behandlung der Zypernfrage durch die Regierung zutage. Mit diesem Problem beschäftigt sich die Presse täglich in spaltenlangen Artikeln und Nachrichten. Andererseits bedroht dieselbe Frage ständig die Stellung der Regierung. Im Mai 1956 wurde der damalige Aussenminister eben deswegen zur Demission gezwungen, die Regierung selbst, die seit Februar 1956 antwortet, blieb bis zum heutigen Tage im Amt.

Für dieses in Griechenland merkwürdige Phänomen - die Regierung bekam nur durch ein paradoxes Wahlsystem die Mehrheit im Parlament, obgleich sie nicht die meisten Stimmen hatte - gibt es nur eine Erklärung. Die Opposition bildet nämlich keine einheitliche Macht, sondern ist in viele einzelne Parteien zersplittert. Zur Wahl hatten sich die acht Parteien, die heute die Opposition bilden, zu einer gemeinsamen Liste zusammengeschlossen. Sie haben von den 300 Parlamentssitzen 139 inne, die Prokommunisten mitgerechnet. Die Regierung verfügt über 161 Mandate, das ist eine Mehrheit von 11 Sitzen. Die Propaganda der Regierung und der ihr freundlich gesonnenen Presse, zwei Drittel der Presse, verbreiten die Behauptung, dass eine solche Vielzahl der Parteien keine Regierung und auch kein vernünftiges Programm bilden könne.

Um die Opposition zu stärken, schlossen sich Anfang März dieses Jahres die "Liberal Demokratische Union" und die "Liberal Partei" zusammen. Um Hindernisse für eine etwaige Regierungsneubildung zu

beseitigen, war diese Massnahme von den Parteiführern beschlossen worden. Seit dieser Zeit sind wichtige Änderungen im politischen Leben Griechenlands eingetreten. Die "Liberale Partei", die nach dem Zusammenschluss über 70 Parlamentssitze verfügt, hat eine der bedeutendsten Traditionen im parteipolitischen Leben des Landes, sie war stets als fortschrittlich bekannt und zur Zeit des bekannten Staatsmannes Venizelos massgeblich in der Öffentlichkeit. Sie ist gegenüber der Rechten, aus der sich die Regierung bildet, die Kraft der Mitte, um die sich der bürgerliche Fortschritt versammelt.

Weiter links stehen zwei Parteien: Die E.P.E.K., die stark von der Person ihres Führers beeinflusst ist und die "Demokratische Partei des arbeitenden Volkes", in der die sozialistischen Elemente im wesentlichen organisiert sind. Diese Partei, die unter dem Vorsitz von Dr. Georg Kartalis steht, hat ein vollständiges soziales, wirtschaftliches und politisches Programm. Hinter der "E.D.A." Partei verbergen sich die Kommunisten, deren Führung im Ausland weilt, weil die Kommunistische Partei seit dem Aufstand der Jahre 1946 bis 1949 in Griechenland verboten ist. Die übrigen oppositionellen Parteien haben keine besondere Bedeutung.

Die Opposition, in der alle Parteien ihre Arbeit koordiniert haben, betont immer wieder, dass die Regierung in drei wichtigen Fragen eine falsche Politik treibe: in der Zypernfrage, in der Aussenpolitik allgemein und gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Was das erstere anbelangt, behauptet man, die Regierung mache den Engländern zu viele Konzessionen, so dass man im Ausland von der Insel als einer NATO-Basis spreche, aber das Selbstbestimmungsrecht kaum erwähne. Aussenpolitisch gesehen, so sagt die Opposition, sei Griechenland der Eisenhower Doktrin beigetreten, ohne irgend eine Gegenleistung zu fordern. Auch innenpolitisch sei das Land in einer wenig erfreulichen Lage, wenn man bedenke, dass ein Drittel der Bevölkerung sogenannte "Arme" sind, d.h. 18 DM und weniger (umgerechnet) Einkommen im Monat haben.

Am 15. Oktober sind die Parlamentsferien beendet. Danach soll eine grosse politische Debatte stattfinden, bei der es nach der Meinung gut unterrichteter politischer Kreise Athens zweifelhaft ist, ob sie die Regierung Karamanlis überstehen wird.

Die Ölkuh

- dt Wilhelmshaven, Anfang Juli

Die Pipeline von Wilhelmshaven bis an den Rhein - sechs grosse Mineralölgesellschaften haben sich zur "Nordwest-Ölleitung G.m.b.H." zusammengeschlossen - nimmt allmählich greifbare Form an, die Pläne sind fertig, im Frühjahr 1958 sollen die Rohre verlegt werden. Ehe die NWO-Leute aber damit beginnen, wollen sie sich den benötigten Grund und Boden sichern. 7500 Grundstücke wird die rund 370 km lange Ölleitung mit fünf Abzweigungen an Rhein und Ruhr überschneiden. Neben Grundbesitzern der öffentlichen Hand und kleineren Privatleuten sind es vor allem 3 000 Bauern, die davon betroffen werden.

Die NWO hatte die Rechnung ohne die Bauernverbände gemacht, als sie zu kalkulieren begann. Es ist bei der geplanten Ölleitung, dem grössten Unternehmen dieser Art in Deutschland, nicht so, dass der Boden dem Bauer verloren geht; die 70 cm im Umfang messenden Rohre werden in die Erde versenkt, darüber kommt ein Meter Erdreich und es ist vorgesehen, dass der Mutterboden wieder obenauf liegt. Der Bauer kann also pflügen, säen und ernten wie zuvor. Die Leitung wird auch nicht durch Zäune oder Gitter abgeschirmt, die Felder werden somit nicht zerschnitten. Eine Wertminderung tritt lediglich dadurch ein, dass über der Pipeline ein Streifen von zehn Meter Breite nicht mit Bäumen bepflanzt oder festen Gebäuden bebaut werden darf, weil die Leitung von Flugzeugen aus ständig kontrolliert werden soll. Eine solche Auflage kam aber ohnedies nur in der Nähe von Ortschaften in Frage, und dafür war eine Sonderregelung vorgesehen. Der Zehnmeterstreifen bedingt, dass für einen Rohrmeter jeweils 10 Quadratmeter Boden in Frage kommen..

Bei ihrem Angebot an die Bauern ging die NWO von ähnlichen Unternehmungen aus. Bei Starkstrom-Überlandleitungen hatten die Bauern bisher eine einmalige Abfindung von zwei Pfennig pro Quadratmeter Land bekommen. In der Erkenntnis, dass eine in die Erde versenkte Leitung den Boden anders beanspruche als eine Starkstromleitung, boten die Ölleute den Bauern vier Pfennig pro qm, als 40 Pfg. pro laufenden Rohrmeter an. Flurschäden sollten individuell entschädigt oder behoben werden. Die Forderung der Bauernverbände (Niedersachsen, Westfalen, Rheinland) lautete auf das mehr als Vierzigfache: entweder eine laufende jährliche Abfindung von 60 Pfennig pro Quadratmeter, also 6 DM pro Rohrmeter, oder eine einmalige Abfindung von 1.50, bzw. 15 DM; bei Autobahnen werden im Durchschnitt

6 DM pro qm einmalig gezahlt, der Bauer verliert aber jedes Eigentums- und Nutzungsrecht.

Gleichzeitig versuchten die Verbände die in Frage kommenden Landesregierungen unter Druck zu setzen, dass eine Enteignung nicht in Frage komme; die Ölleitung sei ein privates Unternehmen, ein besonderes allgemeines Interesse sei nicht gegeben, auch wenn es sich um eine solche Grössenordnung handle (insgesamt 200 Mill. DM Investitionen). Darin aber wurden die Bauernverbände enttäuscht; die Regierungen in Hannover und Düsseldorf sahen in der Pipeline ein allgemeines Interesse gegeben, weil sie bereits in wenigen Jahren unentbehrlich zur Schliessung einer befürchteten Energielücke sein wird. Hannover wird daher das "vereinfachte Enteignungsverfahren" anwenden; d.h. die Pipeline kann sofort verlegt werden, über die Entschädigung müssen sich Ölmagnaten und Bauern, notfalls vor Gericht, einigen.

In dieser Situation bliesen die, hauptsächlich von rheinischen Landwirten zur ursprünglichen Masslosigkeit animierten Bauernverbände zum Rückzug: die Forderungen wurden "neu präzisiert". Die Verbände haben nun als Verhandlungsbasis eine jährliche Vergütung von 30 bis 60 Pfennig pro Rohrmeter angeboten, das sind fünf bis zehn Prozent der ursprünglichen Forderung. Der freilich entscheidende Unterschied liegt nur darin, dass die FWO einen ähnlichen Preis nur einmal zahlen will, die Bauern aber die Ölkuk alle Jahre melken wollen. Um "einmalig" oder "laufend" wird also zurzeit noch hinter verschlossenen Türen gekämpft.

Für die Bauernverbände ist die Sache nun peinlich geworden. Hätten sie von Anfang an auf ihr Bodenmonopol verzichtet und vernünftige Forderungen gestellt, wären sie der Sympathie eines grossen Teiles der Öffentlichkeit sicher gewesen, denn es ist in der Bundesrepublik kein Geheimnis, dass die Mineralölwirtschaft monopolartige Gewinne einstreicht, wie die Aktion Duttweiler zeigt. Aber man hätte eben gleich zu Beginn die Kirche im Dorf lassen müssen.

Demonstration der Unanständigkeit

sp. Wer bis zur Stunde noch angenommen hätte, der zur Zeit antizipierende Bundeskanzler Dr. Adenauer rede und handele stets im Interesse des deutschen Volkes, muss nach der Nürnberger Demagogen-Rede tief enttäuscht sein. Gewiss ist der Wahlkampf keine Sache für sehr empfindliche Leute. Im Wahlkampf wird hart gesprochen, damit der Wähler die Konturen der Argumente der einen oder der anderen Partei klar erkennen kann. Aber von hier bis zu Verleumdungen des politisch Andersdenkenden ist es ein sehr weiter Schritt. Diesen Schritt hat Dr. Adenauer in Nürnberg getan, als er behauptete, die SPD begünstige das Spiel der Sowjets bei der Londoner Abrüstungskonferenz und ein Sieg der Sozialdemokratie würde den Untergang Deutschlands bedeuten.

Hier hat ein älter und offenbar verbitterter Mann den ganzen Hass abregiert, den er Zeit seines Lebens gegen die SPD aufspeichert. Er weiss genau, dass das Gegenteil seiner Behauptungen wahr ist, er weiss, dass die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten der schädelste Pfeiler der deutschen Demokratie ist und er weiss auch, dass es zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus keine Verbindung gibt. Wenn er trotzdem so spricht, wie er es in Nürnberg getan hat, dann tritt er in die Fusstapfen derer, die schon früher einmal mit der Niederkämpfung der deutschen Sozialdemokratie die deutsche Demokratie erschlagen haben und den Weg zu einer Diktatur öffneten.

Und hier ist das Kriterium für die Einschätzung des Mannes, der heute die deutsche Bundesrepublik zu repräsentieren glaubt. Seine Missachtung der Grundsätze der Moral und der Fairness gefährden den Bestand der deutschen Demokratie schlechthin. Wir würden das auch sagen, wenn Dr. Adenauer eine andere zuverlässige demokratische Partei in der Weise angreifen und beschimpfen würde, wie er in Nürnberg die Sozialdemokratie beschimpft und angegriffen hat. Denn hier erlebte das deutsche Volk die Demonstration der Unanständigkeit, deren Abwehr Aufgabe aller derjenigen ist, die sich den Sinn für das demokratische Leben in unserem Volke noch bewahrt haben.

Ist dieser Mann als Bundeskanzler noch einmal tragbar? Diese Frage stellen sich heute in allen Parteien viele um die Zukunft der deutschen Demokratie besorgten Menschen.

"Keiner mehr, der das so kann"

E.E. "Wir haben sonst keinen mehr, der das so kann wie unser Strauss". Dieses Bekenntnis von der Vorstandstribüne des Nürnberger CSU-Kongresses schloss nicht nur den frenetischen Beifall ab, den die CSU-Delegierten nach der anderhalbstündigen Rede des Bundesverteidigungsministers von den Stühlen emporgetrieben hatte, dieser Satz entspricht ausserdem bis zum letzten Buchstaben der Wahrheit. Die CSU hat wirklich niemanden, "der das so kann". Damit ist nicht nur die Rede gemeint, die Strauss am Sonnabend in der Nürnberger Messehalle hielt und mit der er trotz der Gluthitze die CSU-Delegierten aus ihrer Lethargie riss. Diese Rede war eine der demagogischsten, die der stierhackige Mann in seiner politischen Laufbahn von sich gegeben hat. Sie wurde, trotz der ganz augenfällig zunehmenden Nervosität und sachlichen Unkonzentriertheit des Ministers, mit allen Finessen und Raffinessen eines Versammlungslöwen vorgetragen, der bei aller nach aussen zur Schau gestellten Leidenschaftlichkeit die Wirkung seiner Worte ganz kühl beobachtet. Strauss weiss ganz genau, was er seinen CSU-Parteifreunden zumuten kann, und dieses Wissen kostete er in Nürnberg bis zum letzten Effekt aus.

Der Ausruf des Versammlungsleiters, die CSU hätte "sonst keinen wie Strauss", ist aber zugleich auch die Anerkennung der Tatsache, dass der Verteidigungsminister die Führung der CSU an sich gerissen hat und diese Rolle mit der bewussten Absolutheit des Parteitribunen ausspielt. Was sonst in der Nürnberger Messehalle sass, ist - lassen wir die Fachleute wie z.B. Strauss, Falke und Jaeger - nicht in der Lage, den Vormarsch von Strauss zu stoppen. Dass er in der Parteiführung und auf der Landesliste erst unter Nummer zwei erscheint, ist völlig unerheblich. Tatsächlich steht er bereits heute an der Spitze.

Das ist das Fazit und die Lehre von Nürnberg. Man sollte beides ausserhalb von Bayern sehr genau zur Kenntnis nehmen. Und man sollte stets an diese entscheidende Machtposition denken, die sich Strauss in so kurzer Zeit geschaffen hat, wenn man Überlegungen über den Weg anstellt, den dieser Tribun von der Parteebene aus weiter zu gehen entschlossen ist.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel